

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Waisenhaus-Druckerei Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Anzeigen-Preise. Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 20 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 1 spaltige An- u. Verkäufe 25.—, Borzugspätze laut Tarif. Auswärts. Aufträge geg. Vorauszahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 10 Pf.

Abrechnung und Hauptgeschäftsstelle:
Waisenhaus-Druckerei
Erich u. Verlag von Oetisch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hupfeld
Waisenhaus-Str. 24

Urteile und
Literatur
kostenlos

TRI-PHONOLA

Als FLÜGEL, PIANO oder VORSETZER für persönliches Spiel oder zur selbsttätigen Wiedergabe des Urspiels erster Meister. Vorspiel bereitwillig

Das voll-
kommenste
Instrument

Rönisch
Waisenhaus-Str. 24

Schwierigkeiten über den Verteilungsplan.

Frankreich-belgische Meinungsverschiedenheiten in Cannes.

Paris, 10. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Cannes meldet: Die Summe, die von Deutschland im Jahre 1922 in bar für die Reparationen verlangt wird, beträgt 720 Millionen Goldmark. Von dieser Summe soll Frankreich 189 Millionen erhalten. Meinungsverschiedenheiten sind gestern plötzlich über die zu verlangenden Garantien und die Berechnung der Saatzkosten entstanden. Die Belgier bestanden auf dem Plane des Abkommens von Spa, wodurch Frankreich zu Gunsten Belgiens angeblich 250 Millionen verlieren würde. Die französischen Minister hätten Ausschub verlangt, um sich mit ihren Kollegen in Paris zu verständigen. Die die Pariser Morgenblätter melden, sind die Sachverständigen für die Reparationen gestern nach Cannes berufen worden. Es handelt sich um die Festsetzung des Kohlenpreises für die auf Grund des Friedensvertrages erfolgten und noch zu erfolgenden Lieferungen Deutschlands.

Die deutsche Delegation bereits heute in Cannes.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Cannes, 10. Jan. Dem Obersten Rat wurden in seiner gestrigen Sitzung die verschiedenen von den Kommissionen gefassten Beschlüsse vorgelegt. Er beschloß die Abfertigung eines Telegrammes an die deutsche Delegation in Paris, in dem die deutschen Vertreter Rathenau, Bergmann, Hirsch, Schröder usw. ersucht werden, sich noch heute nach Cannes zu begeben. Für die deutsche Abordnung in Cannes sind bereits Zimmer im Hotel Pavillon reserviert. Die in Cannes anwesenden englischen Delegierten versichern, daß die deutschen Vertreter der Konferenz lediglich Gegenwärtige in der Reparationsfrage vorlegen sollen. Sie sollen auch ein Gegenprojekt für die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas vorschlagen. Frankreich sollen die Vertreter Deutschlands neue Garantien bezüglich der französischen Sicherheit anbieten, damit Deutschland in indirekter Weise an dem englisch-französischen Abkommen teilnehmen kann.

Der englische Vorschlag beim Reichskanzler.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 10. Jan. In der Reichskanzlei sprach gestern der englische Vorschlag vor, der mit Dr. Wirth eine einstündige Aussprache hatte. Infolge der neuen Wendung der Dinge in Cannes ist der Zusammenritt des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten von Mitgliedern des Reichstages beantragt worden. Die Entscheidung des Vorstehenden des Ausschusses steht noch aus.

Der französisch-englische Schutzvertrag fertiggestellt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Cannes, 10. Jan. Die englische Abordnung hat den Schutzvertrag mit Frankreich in seinen Grundzügen fertiggestellt und ihn bereits den in London verbliebenen Ministern gebracht, um deren Zustimmung einzuholen. Dieses hat die französische Abordnung den Engländern nach Paris befohlen. Sie erwartet die Antwort noch heute früh. Man rechnet bestimmt damit, daß seitens der englischen Regierungsmittler keinerlei Widerspruch gegen den Vertrag erhoben werden wird und daß seine Ratifizierung ohne Verzögerung erfolgen kann.

Paris, 10. Jan. Das „Echo nationale“ meldet aus Cannes, daß Frankreich in dem englisch-französischen Vertrag nicht nur auf seine Kriegsmarine verzichte, sondern, daß es sich darin auch verpflichtet, einen unmittelbar bevorstehenden Zeitpunkt für die Räumung des linken Rheinstroms anzugeben. Ferner übernehme Frankreich die Verpflichtung, sein Landheer hart zu vermindern und die Sowjetregierung offiziell anzuerkennen.

Die Vereinigten Staaten von Europa.

Der englisch-französische Vertrag als Grundpfeiler.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Cannes, 10. Jan. Man spricht schon davon, daß der englisch-französische Vertrag der Grundpfeiler für die allmähliche Gründung der Vereinigten Staaten von Europa“ abgeben werde, und erklärt offen, daß dieses Abkommen nicht allein alle schwebenden Fragen zwischen Frankreich und England ordnen würde, sondern daß sich ihm auch allmählich alle anderen europäischen Angelegenheiten anschließen müßten. Man bezeichnet das bereits als einen großen Schritt nach vorwärts, daß die Völker, die an der Konferenz von Genua teilnehmen wollen, zuvor die Verpflichtung eingehen müssen, kein anderes Volk auszugreifen. Es besteht somit zwischen den in Genua vertretenen Völkern eine Art Vorvertrag, eine gewisse Föderation, die es sich zur Aufgabe macht, kein europäisches Land auszugreifen. Es würden nicht nur die territorialen Fragen, die in der Schwere sind, geregelt werden, sondern es würde auch ein bedeutungsvoller Schritt für die Wiederherstellung der politischen Stabilität und Sicherheit in Europa getan werden.

Das Reichskabinett und die Reparation.

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 10. Jan. Nach der Abreise der deutschen Delegation nach Cannes wird das Reichskabinett heute nachmittag 5 Uhr sich zum ersten Male wieder mit dem Stand der Reparationsfrage beschäftigen. Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, sind bereits neue Berichte Dr. Rathenau's eingelaufen, die zur Unterlage der heutigen Kabinettsberatungen gemacht werden sollen. Von sonst gut orientierter Seite wird ferner mitgeteilt, daß Rathenau nicht nur Auftrag habe, auf Fragen, die seitens des Obersten Rates in Bezug auf Deutschland gestellt werden, Auskunft zu erteilen, sondern daß er in gewissem Maße sogar orientiert sei, prinzipielle Erklärungen, soweit sie sich auf finanzielle Maßnahmen Deutschlands erfordern, abzugeben.

Heute nachmittag findet ferner eine Chefbesprechung statt, in der die zur Durchführung des Steuerprogramms notwendigen Maßnahmen erwogen werden sollen und in der gleichfalls die Ansicht der beteiligten Ressortchefs darüber geäußert werden soll, wieweit die deutsche Regierung solchen Maßnahmen, wie sie Deutschland von Seiten des Obersten Rates auferlegt werden sollen, zustimmen könnte. Aus dem Reichsfinanzministerium sind, wie wir hören, bereits zahlreiche Proteste deutscher Industrieverbände ergangen, die sich gegen den Beschluß des Obersten Rates richten, der Deutschland zur Erhebung seiner Zölle auf Goldgrundlage zwingen soll. In diesen Protesten wird darauf hingewiesen, daß damit die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie wegen der gewaltigen Verteuerung auf schwerere Gefahr verfallen würde, und eine große Arbeitslosigkeit die Folge sein müßte. Auch eine Verteuerung des Kohlenpreises sei aus dem gleichen Grunde nicht anzunehmen, zumal von Seiten der Entente selbst angegeben worden sei, daß der deutsche Kohlenpreis für Rohle bereits höher sei als der französische Kohlenpreis. Eine Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife dürfe keinesfalls über den für den 1. Februar in Aussicht genommenen Tarif hinaus eingeleitet werden, da dies die höchstmögliche Belastung für Handel und Industrie darstellt. Die deutsche Regierung dürfe in Cannes keinen Forderungen zustimmen, die die deutsche Wirtschaft neuen Belastungen aussetzen, solange nicht die sich aus der für den 1. Februar angekündigten Tarifherabsetzung folgende Verteuerung der Lebenshaltung überlehen ließe.

Steuerkompromiß und große Koalition.

Weitere Einziehung des Notopfers?
Berlin, 10. Jan. Der Reichskanzler besprach gestern abend mit den Parteiführern wieder die Steuerfrage. Grundsätzlich wurde die Erhebung eines weiteren Teiles des Reichsnotopfers erörtert. Der Gedanke eines Großbündes von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie ist vom Reichskanzler noch nicht aufgegeben worden. Weiterhin mittags empfing Dr. Wirth den österreichischen Bevollmächtigten Staatskanzler Dr. Renner, der einige Tage hier weilte, hat Berlin wieder verlassen.

Eine Sachverständigenkonferenz im Reichsverkehrsministerium.

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 10. Jan. Am heutigen Dienstag vormittag ist im Reichsverkehrsministerium der Organisationsausschuß unter dem Vorsitz des Ministers Gröner zusammengetreten, um die Gutachten hervorragender Sachverständiger aus der Industrie zum Eisenbahnverkehrsabkommen zu hören. Als Sachverständige waren Geh. Kommerzienrat Arnold, Staatssekretär a. D. v. Breitenbach, Unterstaatssekretär Frank, Staatsminister a. D. Hoff, Ministerialdirektor Dr. Kirchhoff, Direktor Kraemer, Reinhold Melchior, Staatsminister a. D. Deller, Herr v. Steinen, Ministerpräsident a. D. Stegerwald und andere Herren erschienen. Die Beratungen werden sich voraussichtlich mehrere Tage hinziehen.

Die Konferenz in Genua.

Paris, 9. Jan. Nach einer Voraussage aus Cannes hat der Oberste Rat in seiner Abend Sitzung beschlossen, daß schon morgen ein engerer Austausch sich mit der an die verschiedenen Mächte zu richtenden Einladung zu einer Konferenz in Genua beschäftigen solle. Dieser Austausch soll die Tagesordnung der Konferenz festlegen, bevor die jetzige Tagung des Obersten Rates in Cannes zu Ende geht. Die italienische Regierung werde dann die materiellen Organisationsmaßnahmen treffen. Man habe ursprünglich daran gedacht, das Völkerbundssekretariat mit der Vorbereitung der Konferenz von Genua zu betrauen, der Oberste Rat habe jedoch hierauf verzichtet wegen der vorliegenden Schwierigkeiten, namentlich mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, die im Völkerbund nicht vertreten seien. (W. T. B.)

Rußlands Teilnahme an der Konferenz in Genua.

Cannes, 9. Jan. Tschittcherin teilte dem Obersten Rate mit, daß die russische Regierung die Einladung zur Konferenz annehme, die im März einberufen werden solle. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses werde die Wahl der russischen Delegierten vornehmen und ihnen ausgedehnte Vollmachten erteilen.

Die Brotverforgung sichergestellt.

Keine Antäufe im Ausland nötig.
Berlin, 10. Jan. Die Abfertigung der von der Landwirtschaft garantierten Getreidemenge hat sich bisher außerordentlich günstig gestaltet, so daß Besorgnisse über die Brotverforgung bis zur kommenden Ernte auch bei den maßgebenden Stellen zur Zeit kaum bestehen. Besonders weizen ist in ausreichender Weise von der Landwirtschaft geliefert worden. Die Mähdreschen sind augenblicklich auf viele Wochen hinaus beschäftigt, und die Kommunen verfügen über Mehlvorräte für durchschnittlich 4 bis 6 Wochen. Hierzu kommen noch die Mehlvorräte, die sich in dem Besitz der Bäcker und Bäckergenossenschaften befinden und die Versorgung der Bevölkerung für etwa 14 Tage sicherstellen. Man ist in unterrichteten Kreisen der Ansicht, daß zur endgültigen Sicherstellung der Brotverforgung keine umfangreichen Antäufe im Ausland vorgenommen zu werden brauchen.

Wiederverheiratung der Prinzessin Auguste Wilhelm.

Berlin, 10. Jan. Prinzessin Auguste Wilhelm von Preußen, deren Ehe im März 1920 geschieden worden war, hat sich laut „Voss. Ztg.“ mit dem Kapitänleutnant a. D. Sümann wieder verheiratet.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Radikalisierung der Gewerkschaften. — Ein französisches Lob für Lipinski.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Leipzig, 10. Jan. Am Beginn der heutigen Verhandlungen ergriff der Führer der Deutschen Metallarbeiter Dittmann das Wort, um die Annahme des an das Proletariat gerichteten Manifestes der U. S. P. D. zu empfehlen, das in der Hauptsache die Gedanken wiedergibt, die von den Hauptrednern bisher zum Ausdruck gebracht sind. Dittmann betonte von neuem mit aller Entschiedenheit, daß der Gedanke der Einigung des Proletariats im Vordergrund stehe, daß das Proletariat sich auf dem Boden des Klassenkampfes einigen müsse, losgerissen von der Furchtsucht der Kommunisten und der bürgerlichen Parteien. Dann plädierte der Redner sehr lebhaft für ein Zusammenarbeiten mit den freien Gewerkschaften, die über 8 Millionen Mitglieder zählten. Diese, so führte der Redner aus, müssen wir auf den gleichen Kampfesboden bringen, auf dem die U. S. P. D. kämpft. Die Gewerkschaften sind die einzige Stütze in Deutschland, wo die Klasse des Proletariats noch nicht zerfallen ist, weil sie sich freigehalten haben von der Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Mehr als die Grundannahme des proletarischen Kampfes und ihre tapfere Vertretung verlangen wir von den Gewerkschaften nicht. Die Befestigung des Kapitalismus muß auch ihr Ziel sein, und dieses Ziel müssen sie in den Vordergrund stellen. Die gewerkschaftlichen Klassen müssen es ihren Führern zum Bewußtsein bringen: Wir sind fast des Spieles, das die Mehrheitssozialisten bisher mit den bürgerlichen Parteien gespielt haben. Wir wollen selbständig unsere Wege gehen.

Radikale, Ansbach, und Grumbach, Paris, wiesen darauf hin, daß Bayern gegenwärtig der Hort der Reaktion sei, einer Reaktion, die nicht nur die deutsche Republik, sondern die freiheitliche Entwicklung ganz Europas bedrohe. Die reaktionären Bestrebungen in Bayern unterstützen auch die Vorkämpfer- und Verhinderungstendenzen. Die französischen Sozialisten würden jeder Verhinderungstendenz mit allen Kräften entgegenzutreten. Weiterhin betonte Grumbach: Wir sind dem Genossen Lipinski dankbar, der als Minister die Dokumente über die Waffenfabrik in Heidenau veröffentlichte und die Sache klärte. (Beifall.) Die Arbeiter werden die Waffenfabrikation verhindern. Davon müssen wir die öffentliche Meinung überzeugen. Es muß endlich Schluss gemacht werden mit der Befämpfung von Menschen gegen Menschen. (Beifall.)

Hilferding-Berlin begrüßte es, daß die deutschen Gewerkschaften eine Haltung eingenommen hätten, die die Garantie biete, daß die deutsche Arbeiterbewegung mit aller Macht gegen den Militarismus arbeite.

Die Entwaffnung Deutschlands ist die einzige Garantie für die Sicherheit Frankreichs und Europas!

Die Einigkeit des gesamten deutschen Proletariats müsse erwartet werden von der gesamten ökonomischen und politischen Entwicklung. Sie könne nur herbeigeführt werden durch den Kampf um das gemeinsame Ziel. Der Kampf dürfe aber nicht ausarten zu gegenseitigen Konterrazmandieren, sondern im Geiste der Solidarität erfüllt werden. Die Einigung könne aber nicht dadurch erfolgen, daß man von der U. S. P. D. verlange, daß sie ihre Grundzüge und ihre inneren Bestimmungen opfere.

Dr. med. Moser-Berlin, Mitglied des Zentralvorstandes, führte aus: Wie es eine Klassenbewegung in Deutschland gebe, gebe es jetzt auch eine Klassenmedizin. Die großen Verbrecher lasse man freilassen, weil sie erholungsbedürftig seien, die Angehörigen der unterdrückten Klassen schleppe man jahrelang durch Krankenhäuser und Irrenhäuser. Besondere Weise habe man Ludendorff zum Ehrenbürger der Medizin gemacht. Ein ärztlicher Kollege habe den Ausspruch getan: „Ich muß ein Kompromiß schließen zwischen meinem ärztlichen Gewissen und der Staatsnotwendigkeit.“ Die übrigen Redner, die noch vor der Mittagspause sprachen, förderten neue charakteristische Momente nicht zu. Sie brachten mehr regionale Wünsche zum Ausdruck und traten in keiner Weise in Widerspruch zu den von der Parteileitung ausgehenden Richtlinien. Aus allen Reden klang der Wunsch: Proletariat, vereinigt Euch!